

Ein Kanton wird umgepflügt

Wie Regierungsrätin Marianne Dürst Glarus auf Reformkurs bringt

GLARUS. Nach dem Erdbeben an der Landsgemeinde die politische Knochenarbeit: Bis 2011 sollen aus 25 Glarner Gemeinden drei werden. Regierungsrätin Marianne Dürst hat einen Herkules-Job gefasst, bei dem Triumph und Niederlage nah beieinanderliegen.

MARKUS ROHNER

«Um 13.47 Uhr war nichts mehr wie zuvor», stand am 8. Mai 2006 in grossen Lettern auf der Titelseite der «Südschweiz» Glarus. In einem Anflug von Reformfreude und Übermut sprach sich die Glarner Landsgemeinde für eine Gemeindereform aus, wie sie bis anhin in der Schweiz noch nie durchgeführt worden ist. Aus über 70 Gemeinde-Körperschaften sollen innerhalb von fünf Jahren drei grosse Einheitsgemeinden entstehen.

Anstoss vom Volk

Auch ein Jahr nach dem historischen Volksentscheid überkommt Marianne Dürst immer noch ein Gefühl der Freude, wenn sie darauf angesprochen wird: «Glarus wurde von einer Stunde auf die andere weit in die Zukunft katapultiert.» Und was für die zuständige Regierungsrätin noch erfreulicher ist: Der Anstoss zur Ver-

änderung kam nicht von oben, sondern aus dem Volk, das fest entschlossen ist, den kleinen Bergkanton mit seinen grossen Problemen politisch tiefgreifend zu verändern.

Die Reformerin

Der 46-jährigen Politikerin und Juristin, die seit 1998 der Glarner Regierung angehört und dem Departement für Inneres und Volkswirtschaft vorsteht, ist eine Aufgabe zugefallen, wie sie ein Kanton nur einmal im Jahrhundert zu vergeben hat. «Die Arbeit an der Gemeindestrukturreform ist hoch interessant, braucht aber auch viel Zeit, Gespräche und Finger-spitzengefühl», sagt die FDP-Politikerin. Schaltzentrale dieses Reformprozesses ist Dürsts Büro an der Zwinglistrasse in Glarus. Dort zeigt sie Organigramme und Projektpläne, die den Weg beschreiben, wohin der Reformprozess gehen soll. Noch ist vieles auf Papier festgehaltene Theorie. «Aber 2011, so wollte es die Lands-

gemeinde, werden wir mit den drei neuen Gemeinden starten», sagt Dürst. Die Angst, dass die Glarner Bevölkerung plötzlich vom eigenen Mut verlassen werden und den Reformprozess abbrechen könnte, hat sie nicht. «Die Landsgemeinde war sich vor einem Jahr sehr wohl bewusst, was sie tat. Kommt dazu, dass es nicht zum demokratischen Verständnis der Landsgemeinde ge-



Marianne Dürst, die 46-jährige FDP-Politikerin gehört seit 1998 der Glarner Regierung an.

hört, im Ring gefällte Entscheidungen wenig später wieder umzustossen.» Vielleicht werde von Landrat und Landsgemeinde mal diese oder jene Gesetzesänderung in der Umsetzung verworfen oder an die Regierung zurückgewiesen, aber den eingeleiteten Reformprozess werde dies nicht mehr stoppen können.

Mit Argusaugen verfolgen viele Einheimische die Arbeit des Re-

gierungsrates, der involvierten Verwaltungsstellen und Projektgruppen. Auch wenn es um die Gegner der Gemeindereform in den letzten Monaten still geworden ist, mit Widerstand im entscheidenden Moment ist immer zu rechnen.

Ein neues Denken

Davon lässt sich die Regierungsfrau nicht abschrecken.

«Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Kanton sollten bereits im Sinne ihrer neuen Gemeinden denken.» Leichter gesagt als getan: Wie erklärt man einem noch im Amt stehenden Gemeinde- oder Schulrat, dass der Kauf eines Feuerwehrfahrzeugs, der Neubau einer Turnhalle oder die Renovation des Kindergartens keinen Sinn mehr macht? «Im Interesse und zum Schutz der drei neuen

Gemeinden ist zu verhindern, dass sich einzelne Gemeinden auf Kosten anderer Vorteile verschaffen und damit den gesamten Prozess des Zusammenschlusses erschweren oder gefährden», spricht Marianne Dürst Klartext. Wen wundert es, dass sie und ihre vier Ratskollegen sich damit bei manchem Gemeindefürsten nicht beliebt machen.

Reform weckt Reform

Unterstützt von anderen reformfreudigen Kräften geht Marianne Dürst ihren Weg. Nichts wird die Frau vom Weg abbringen können, ihrem Kanton moderne Strukturen zu verschaffen. «Die Aufbruchstimmung muss jetzt, wo der Mut zu Veränderungen vorhanden ist, genutzt werden.»

So wird die Glarner Landsgemeinde am 6. Mai darüber abstimmen, ob Jugendliche ab 16 Jahren das aktive Stimm- und Wahlrecht bekommen sollen. Die Regierung ist dafür, weil sie «interessierten Jugendlichen die Möglichkeit einräumen möchte, in den politischen Prozess hineinzuwachsen und die eigene Zukunft aktiv mitzugestalten.»

Zuerst diese revolutionäre Gemeindereform und jetzt als erste in der Schweiz auch noch das Stimmrechtalter 16? Die Bergler im Glarnerland werden immer häufiger zu politischen Pionieren. Nicht zuletzt auch dank Regierungsrätin Marianne Dürst.

Bild: Daniel Ammann